

März
21 - 22
2014

# Landesausschuss I / 2014

## Zusammenfassender Bericht



**Laubach.** Aufs Neue traf sich der Landesausschuss des Verbandes Sonderpädagogik e.V. – Landesverband Hessen – im Landhotel Waldhaus in Laubach (Mittelhessen), resümierte u. a. die Ergebnisse der Hauptversammlung (HV) in Rostock (siehe unten), befasste sich mit der Situation sonderpädagogischer Angebote und Einrichtungen in Hessen, tauschte sich aus über die Teilhabeassistenz und diskutierte Fragen der Umsetzung der inklusiven Bildung in Hessen. Hier kam vor allem die Entwicklung von Modellregionen in den Fokus der Diskussion.

Nach Begrüßung, Eröffnung und Ergänzung der TO trugen der Vorstand, die Fachreferent(inn)en und die Vorsitzenden der Unterverbände ihre Berichte vor; diese sind auch schriftlich abrufbar (siehe Anhang). Vier Anträge hatte Hessen zur HV in Rostock eingebracht – zu den Themen „Sicherstellung/ Weiterentwicklung der fachlichen Expertise im Förderschwerpunkt Lernen“ (gemeinsam mit Baden-Württemberg), „Gestaltung von Veränderungsprozessen in allen Schulen (Change Management)“, „Ausbildung von Lehrkräften mit sonderpädagogischer Expertise“, „Ausbildung in den Fachrichtungen Sehen, Hören, Körperlich-motorische Entwicklung“, die allesamt angenommen und beschlossen wurden (siehe Bericht vom 16. Nov. 2013 und siehe auch ZfH 2 / 2014, S. 74 ff.). Die Vorsitzende, Inge Holler-Zittlau, berichtete über die vielfältigen Aktivitäten des Vorstandes, v. a. über fachliche Stellungnahmen des Verbandes, Fortbildungsangebote und (Mit-)Gestaltung von Fachtagungen sowie über die Einbindung des Landesverbandes im vds Bund. Hier sind insbesondere die Arbeitszusammenhänge der Landesvorsitzenden, der Kassenwarte (z. B. SEPA-Umstellung), die der Referate „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ sowie einzelner Fachreferate eng abgestimmt und koordiniert.

Insbesondere befasst man sich auf Bundesebene mit der Mitgliederwerbung, da die Mitgliederzahlen in allen Bundesländern rückläufig sind. Gerade in Zeiten eines Paradigmenwechsels (hin zur Inklusion) braucht es aber einen starken Fachverband. Ein besonderer Augenmerk – im Bund und im Land – liegt auf der Qualität inklusiven Unterrichts, der seitens der Verantwortlichen auf eine verantwortbare Gelingenssituation grundbezogen sein muss. Zur Fort- und Weiterbildung wird besonders hingewiesen auf die vielfältigen Angebote der vds-Bildungsakademie, die – nach jüngster Abklärung – mit der Charles-Hallgarten-Schule in Frankfurt am Main wieder einen schulischen Veranstaltungsort in Hessen anbieten kann.

Die Berichte aus den Fachreferaten und Unterverbänden bezogen sich vielfach auf durchgeführte und geplante Veranstaltungen, mit dem Ziel, vor Ort verschiedene Einrichtungen und Arbeitsweisen kennen zu lernen, bzw. um sich über die Umsetzung von inklusiver Beschulung (iB) auszutauschen. Hier wurde großer Bedarf artikuliert.



Die Teilnehmer des LA 1 / 2014

Vor Ort spielen immer wieder die Überlegungen zu regional entwickelten, kooperativen Lösungen eine Rolle, die für die Förderschulen realistische Schritte zu einem inklusiven Zusammenhang sein können. Auch die Wechselwirkung erfolgreicher inklusiver Prozesse mit einer gezielt weiterentwickelten Lehrerbildung wird – landes- und bundesweit – als wesentlich erachtet.

Beklagt wurden in den Berichten aus den Fachreferaten und Unterverbänden aber vor allem knappe Ressourcen, die für iB unbedingt verstärkt zur Verfügung stehen müssten. Das Fehlen einer angemessenen Ausstattung für iB-Maßnahmen führt zwangsläufig und in der Folge auch zu einem Zurückdrängen präventiver Förderung und Beratung. Es wurde festgestellt, dass die Rolle der überregionalen Beratungs- und Förderzentren weitgehend ungeklärt ist, was zu unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen führt und die angemessene Ausstattung dieser Einrichtungen im Rahmen der iB erschwert. Beklagt wurden auch die geringe Bereitschaft sonderpädagogischer Lehrkräfte zur aktiven Verbandsarbeit und die allzu geringe Teilnahme an Veranstaltungen der Unterverbände, trotz erkennbar großen Austauschbedarfs.

Relevante Diskussionspunkte waren im Anschluss Status und die Entwicklung Privater Förderschulen in Zeiten inklusiver Prozesse. Hier wurde vom LA die Notwendigkeit gesehen, die Privaten Schulen in die inklusive Gesamtentwicklung verantwortlich einzubeziehen. Des Weiteren wurde es für erforderlich gehalten, dass die Privaten Förderschulen als anerkannte Ersatzschulen seitens der Schulaufsicht den gleichen Kontrollen wie die öffentlichen Förderschulen unterliegen, vergleichbare fachliche Standards entwickeln und eine Qualitätssicherung garantieren sollten, die im Vergleich eine Benachteiligung öffentlicher Förderschulen ausschließen kann. Das Thema soll durch eine bereits eingerichtete Arbeitsgruppe weiterverfolgt und aufbereitet werden. Bei künftigen Gesprächen des Landesvorstands mit dem HKM wird diese Problematik thematisiert werden.

In der Folge befasste sich der LA mit dem Gerichtsurteil des Landessozialgerichts Schleswig-Holstein vom 17.02.2014 ([Link](#)), in dem die Kernaufgabe von Schule auch auf die Bereiche von Pflege, Gesundheit, schulischer Begleitung und Assistenz sowie sozialpädagogischer Betreuung der anvertrauten Schüler(innen), vor allem in den Förderschwerpunkten

gE und KME, erheblich ausgeweitet wird. Auch die Belastung der Sozialetats durch die Bereitstellung und Finanzierung von I-Helfer(inne)n, Schulbegleiter(inne)n und –assistent(inn)en im Zuge der Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung in den Bundesländern wird moniert. Dieser Zusammenhang wird vom Landessozialgericht Schleswig-Holstein mit dem vorliegenden Urteil grundsätzlich in Frage gestellt.

Hier scheint in besonderem Maße die Politik gefordert. Die Kultusministerkonferenz sollte klare Zuständigkeitsregelungen vereinbaren und vor dem Hintergrund inklusiver Entwicklungen eindeutige Regelungen in einem avisierten Teilhabegesetz auf Bundesebene vorschlagen. Tatsache bleibt, dass an den Förderschulen gE sowie KME und im Rahmen der entsprechenden iB der Personalschlüssel für die sozialpflegerischen, betreuenden und begleitenden Aufgaben erweitert werden müsste, um eine möglicherweise wegfallende Finanzierung über die Eingliederungshilfe angemessen ausgleichen zu können. Dies wäre auch die Voraussetzung für den fachlich gesicherten Einsatz multiprofessioneller Teams an den v. g. Schulen bzw. in der iB. Insgesamt ist es sinnvoll, von Einzelfalllösungen loszukommen und geeignete Pool-Lösungen für die Finanzierung des entsprechenden Bedarfs in der schulischen Förderung von Menschen mit einer Behinderung zu finden. Tina Roeschen und Karl-Ludwig Rabe als Fachreferenten gE und KME wurden beauftragt, den Entwurf eines Positionspapiers des vds Hessen schriftlich zu fassen und vorzulegen. Dieses soll dann im LA weiter diskutiert und gemeinsam abgestimmt werden. Die Thematik soll auf Bundesebene getragen werden (Einflussnahme des vds auf das Gesetzesvorhaben „Teilhabegesetz“ des Bundes).

Ein weiterer Gesprächsbedarf ergab sich in den Bereichen „inklusive Schwerpunktschulen“ und „Modellregionen in Hessen“. Im LA traf die Konzeption der inklusiven Schwerpunktschulen (wie etwa in Rheinland-Pfalz organisiert) überwiegend auf Ablehnung, weil sie u. a. gegen den Geist der BRK im Sinne einer generellen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung gerichtet ist und das Prinzip wohnortnahen Beschulens ad absurdum führt. Diese Thematik soll jedoch weiter und differenzierter diskutiert werden.

Die jüngste hessische Modellregion „Inklusive Bildung“ im Hochtaunuskreis (HTK) wurde von Brigitte Müller vorgestellt. Es wurde positiv konstatiert, dass mit der Schaffung der Modellregion die schulische Landschaft vor Ort stark und sehr eigenverantwortlich in die grundlegende Konzeptentwicklung eingebunden ist, ja, diese sogar weitgehend eigenständig leistet. Dabei werden alle Kräfte vor Ort (des Schulträgers HTK, des Schulamtes und der Schulen) gebündelt. Regionale Bedingungen können so bestens einbezogen werden. Und auf diese Weise wird die inklusive Entwicklung zur Angelegenheit einer großen Zahl von Schulen in der Region, es findet intensiver Austausch statt und ein Mitnahmeeffekt ist dabei durchaus beabsichtigt. Das Schulamt und die Schulen im HTK und in der weiteren Entwicklung auch die des Wetteraukreises können von recht günstigen Bedingungen ausgehen (z. B. Einfrieren der Stellen für die gesamte sonderpädagogische Förderung in der Region).

In der Diskussion wurde generell herausgearbeitet, dass es zu wenige Vorgaben für die Konzeption einer Modellregion seitens des HKM gegeben habe, Standards und Faktoren der Auswahl der Modellregionen insgesamt unklar blieben und die Rolle der Förderschule gE dabei in weiten Teilen Hessens immer noch ungeklärt sei. Es bestehe die Gefahr, dass sich die unterschiedlichen Regionen auseinander entwickeln. Dabei scheint der Begriff der „Modellregion“ missverständlich. Im Mittelpunkt steht wohl die modellhaft eigene Entwicklung in den Regionen, nicht der Vorbildcharakter des Ergebnisses für andere Regionen. Auf jeden Fall hält es der vds für wichtig, dass modellhafte Entwicklungen in Hessen vom Ver-

band fachlich begleitet werden. Es wurde auf den Fachtag im Hochtaunuskreis „Modellregion Inklusive Bildung – Herausforderungen, Chancen, Perspektiven“ am 22.05.2014 hingewiesen. Ziel dieses Fachtages ist es, vor allem die allgemeinen Schulen zu erreichen und für inklusive Prozesse zu interessieren (ein zusammenfassender Bericht auf der Internetseite des vds an gleicher Stelle wird angekündigt).

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die hessischen Modellregionen erwägt der LA das hessische Eckpunktepapier zur Umsetzung der UN-BRK vom 17.11.2012 zu überarbeiten und zu aktualisieren. Dabei sind Thematiken wie die problematische Rolle der reg. Beratungs- und Förderzentren (BFZen) und die ungeklärte Situation der überregionalen BFZen zu berücksichtigen und zu diskutieren, um hierzu seitens des vds eine klare Position beziehen zu können.

Die lebhaften Diskussionen wurden unterbrochen, um eine verdiente Mitstreiterin im LA zu würdigen und zu verabschieden. Seit 34 Jahren hat Doris Mohn als Vorsitzende den Unter-



verband Hanau geleitet und nun um Entbindung von ihren Aufgaben gebeten. Inge Holler-Zittlau beschrieb die engagierte, solide und überaus zuverlässige Arbeit von Doris Mohn. Der LA dankte ihr im Rahmen einer sehr herzlichen Verabschiedung und wünschte ihr alles erdenklich Gute für alles Kommende.



Der LA bat im Anschluss darum, noch mehr Zeit auf intensive fachliche Diskussionen verwenden zu können, ggf. im Rahmen einer Sondersitzung des LA. Dieser Bedarf sollte bereits für die Planung der nächsten LA-Sitzung (DO 09.10.2014 – SA 11.10.2014) berücksichtigt werden. Man einigte sich auf eine Verlängerung des Tagungszeitraumes. Als Punkte, die künftig näher zu betrachten und zu diskutieren sind, wurden vom LA herausgearbeitet:

- Überarbeitung des Eckpunktepapiers,
- Regionale Umsetzungen der Inklusion,
- Stolpersteine bei der Umsetzung,
- Eckpunktepapier Aus- und Weiterbildung,
- Frage der Schwerpunktschulen,
- Rolle der BFZen und Anbindung der Förderschullehrkräfte,
- Problematik der überregionalen BFZen,
- Teilhabeassistenz, Teilhabegesetz auf Bundesebene,
- Strukturelle Entscheidungen vor Ort als erste Schritte – Handlungsperspektiven durch Kooperation.

Eine Vorbereitungsgruppe wird die Aufarbeitung der Themen für die nächste LA-Sitzung vornehmen.

Abschließend wurden erste vorbereitende Vereinbarungen zur Organisation der VV am 22.11.2014 getroffen, nähere Planungsschritte erfolgen in der nächsten LA-Sitzung. In einem geplanten Gespräch des Vorstands im HKM bezüglich Aus- und Weiterbildung für den Bereich der sonderpädagogischen Kompetenzen wird der vds für eine qualitativ gute Aus-

bildung von Förderschullehrkräften eintreten und gegen eine verkürzte Weiterbildung sprechen.

Schließlich wurde erneut das Layout unserer Schriftenreihe „Behindertenpädagogik“ (bhp) diskutiert. Auch die Bezeichnung „Behindertenpädagogik“ für die Schriftenreihe scheint überholt und wurde kontrovers diskutiert. Konkrete Vorschläge zum Layout wurden aufgenommen und werden in den Layout-Entwurf eingearbeitet. Zum nächsten LA soll eine Entscheidung über den Namen und das „neue Gesicht“ der Schriftenreihe des vds – Land Hessen – getroffen werden.

Dieter Lerch

**Referat Öffentlichkeitsarbeit (komm.)**